

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 2

**Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den
Regierungschefinnen und Regierungschefs der
Länder am 19.01.2021 - Bekämpfung der SARS-
Cov2-Pandemie in Niedersachsen**

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten – Drs. 18/8351

während der Plenarsitzung vom 22.01.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich will zu Beginn meiner Rede - und zu Beginn dieses Jahres - Ihnen und Ihren Familien natürlich alles erdenklich Gute wünschen, aber vor allen Dingen Gesundheit.

Ich will mich aber zu Beginn dieser Sitzung auch ganz herzlich bei unserer Präsidentin Frau Dr. Andretta bedanken, dass uns die Möglichkeit gegeben worden ist, uns vor den Sitzungen - und zwar nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Beschäftigten und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - testen zu lassen. Ich muss sagen: Ich bin tief beeindruckt und habe großen Respekt, wie professionell und wie völlig einwandfrei diese Testungen hier heute abgelaufen sind. Ich muss wirklich sagen: Respekt und herzlichen Dank dafür!

Ich bin mir sicher, dass Sie den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrem Hause weitergeben.

Ich glaube, am Ende des letzten Jahres habe nicht nur ich, sondern haben viele von uns, aber auch viele in der Bevölkerung, das Ende des Corona-Jahres 2020 sehnlichst herbeigewünscht. Zumindest waren meine Rückmeldungen so. Auch ich war mit der großen Hoffnung unterwegs: Im neuen Jahr 2021 schaffen wir es, dieses Coronavirus zu bekämpfen, allein schon deswegen, weil die Impfungen bereits im Dezember losgegangen sind. Ich habe mir noch im vergangenen Jahr nicht vorstellen können, dass ein Impfstoff - oder sogar schon mehrere Impfstoffe - schon im letzten Jahr zugelassen werden und die Impfungen losgehen. Deshalb ist diese Hoffnung, glaube ich, auch begründet.

Ich habe die Hoffnung - das hat auch Herr Meyer zum Schluss gesagt, dies stimmt mich zuversichtlich -, dass wir das gemeinsam schaffen können. Wir bauen auf die größte Solidarität in unserer Bevölkerung, die wir je erlebt haben. Wir haben die schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik zu meistern. Es spornt mich an, dass sich viele Menschen hinter diesen Maßnahmen versammeln und diese mittragen. Ich glaube, dass wir das gemeinsam schaffen können.

Es zeigt sich zu Beginn dieses Jahres aber auch, dass wir sicherlich noch viel Geduld und natürlich auch Beharrlichkeit brauchen. Dass die Infektionszahlen aufgrund der Weihnachtsfeiertage und aufgrund von Silvester noch einmal ansteigen werden, war uns von Anfang an klar. Wir alle haben genau beobachtet, wie sich die Zahlen entwickeln. Es gab ja auch die Debatte im Dezember. Wir haben die Verlängerungen und Verschärfungen der eingeleiteten Maßnahmen hier folgerichtig debattiert und mitgetragen - zumindest die Regierungsfractionen.

Im Moment - das hat der Ministerpräsident vorhin ausgeführt - sind die Infektionszahlen auch bei uns in Niedersachsen zwar leicht sinkend, aber immer noch zu hoch. Die Inzidenz liegt heute bei 94,7. Sehr bedrückend finde ich die täglich gemeldeten Zahlen der Verstorbenen. In den letzten Tagen waren es oft über 1.000. Mittlerweile sind wir der Bundesrepublik bei 50.642 Menschen, die in Deutschland an oder mit dem Virus verstorben sind. Ich finde das ganz furchtbar, und ich möchte hier noch einmal ausdrücklich das Mitgefühl dieses gesamten Hauses für die Angehörigen und deren Freunde zum Ausdruck bringen.

Wenn man weiß, mit welchen Schicksalen man es dort zu tun hat, und die Meldungen aus den Krankenhäusern, den Intensivstationen, den Alten- und Pflegeheimen hört, geht der Dank - vom Ministerpräsidenten, aber auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ich denke, die anderen schließen sich an - an die Beschäftigten, die dort jeden Tag harte Arbeit leisten. Heute Morgen habe ich noch einen Bericht einer Krankenschwester auf einer Intensivstation gehört, die geschildert hat, dass die Betroffenen manchmal ganz einsam sterben und es ein unerträglicher Zustand für die Angehörigen ist, nicht dabei sein zu können - zumindest nicht alle. Man weiß, was das bedeutet.

Auch wenn wir letzte Woche im ersten Moment ein bisschen gestutzt haben – z. B. auch ich -, warum die Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf diese Woche vorgezogen wurde, erschließt sich dies eigentlich sehr schnell angesichts der Bilder aus Großbritannien und aus Irland und der Meldungen über die Mutation des Virus. Ich habe gelernt, das Virus heißt jetzt B117. Angesichts dieser Bilder und der Meldungen über einschlägige Mutationen in Südafrika - noch schlimmer soll Brasilien sein -, die hier aber noch nicht nachgewiesen sind, weiß man, dass wir hier nicht nur wachsam sein müssen, sondern auch handeln müssen. Ich finde es für die Bundesrepublik Deutschland ein bisschen beschämend, dass wir noch nicht mehr über diese Mutationen wissen. Ich glaube, es ist dringend erforderlich, dies wissenschaftlich mit zu begleiten und zu gucken: Welche Auswirkungen hat das für uns regional?

Vielleicht ist unser großes Glück im Moment, dass wir in einem Shutdown sind. In England war das anders. Dort haben sie angefangen zu lockern, und in diesem Moment ist die Mutation sozusagen zum Ausbruch gekommen. Ich glaube, das ist unser großes Glück.

Die neuen Virusmutationen machen uns große Sorgen, weil sie anscheinend - nach den Berichten, die ich kenne - viel infektiöser sind. Sie sind vielleicht nicht gefährlicher, aber viel infektiöser. Deswegen kann sich die Infektionslage sehr schnell dramatisch verschärfen. Diese dynamische

Entwicklung kann dann natürlich auf die Krankenhäuser und die Intensivstationen durchschlagen. Deswegen ist jetzt Handeln angesagt.

Wenn ich es richtig beurteilen kann, waren die Meldungen aufgrund dieser Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern auch so, dass ich keinen Widerspruch gefunden habe - auch nicht in den bisherigen Wortmeldungen -, sondern die Verlängerung der Maßnahmen bis zum 14. Februar auf jeden Fall von allen mitgetragen wird.

Ich glaube, es ist wichtig, dieses Zeichen zu setzen, dass es dort eine große Übereinstimmung gibt.

Ich bin auch dankbar - das sage ich in aller Deutlichkeit -, dass es bei den Verhandlungen mit der Frau Bundeskanzlerin nicht zu weiteren Beschränkungen bei den privaten Kontakten und im privaten Umfeld gekommen ist, und dass - im Vorfeld war ja auch die Rede davon - keine Ausgangssperren ausgesprochen wurden. Ich glaube, dass die Einschränkungen und Beschränkungen im persönlichen und privaten Bereich jetzt eine Grenze erreicht haben. Ich glaube, uns geht es auch so. Alleine die Debatte über Corona zermüht einen ein bisschen. Wenn man abends den Fernseher einschaltet, gibt es überall nur das Thema Corona. Ich glaube, dass es in diesem Bereich auch nicht mehr viel einzuschränken gibt.

Die Akzeptanz der Bevölkerung ist vorhanden. Ich will eines sagen, Herr Meyer, zu dieser Regelung: Ein Haushalt plus eine Person. - Dass man das im Nachhinein noch einmal abgeändert hat - noch nicht gleich in der Verordnung, das wird ja nachgezogen - und die Kleinstkinder bis drei Jahre jetzt mit einbezogen hat, hat Auswirkungen. Wir haben es im Sozialausschuss debattiert. Ich war selber dabei.

Jetzt haben wir eine Altersgrenze festgelegt. Dann kam sofort die Frage: Warum nicht sechs Jahre? Warum nicht zwölf Jahre oder, oder, oder? Ich will noch einmal ganz deutlich sagen: Dieses Virus überträgt sich von Mensch zu Mensch, von Kontakt zu Kontakt. Es war Ansinnen der Bundesregierung, mit den Regierungschefs, Kontakte zu beschränken. Wenn man dann eine Ausnahme zulässt, gleich wiederum zu fragen: „Warum habt ihr nicht dort, dort und dort auch Ausnahmen gemacht?“, finde ich ein bisschen - ich sage mal - schwierig. Es ist ein ganz schwieriger Abwägungsprozess, wo das richtige Alter ist und wo man dem Ganzen noch gerecht wird. Deshalb ist es ein Vorteil, dass wir diese Beschränkung „1:1“ etwas aufgelöst haben, mit der Lösung für die Kleinstkinder. Man kann darüber lange philosophieren, ob es richtig war, die Grenze bei drei Jahren, also beim Beginn des Kindergartenalters, zu ziehen, wo eine

Notbetreuung möglich ist und Betreuung sowieso ganz anders geregelt ist. Ich meine, die Entscheidung ist zu akzeptieren und mitzutragen.

Wir müssen bei den Kontaktbeschränkungen darauf setzen, dass die Menschen sie mittragen. Man kann immer wieder fragen „Was mache ich denn, wenn mein Nachbar sich mit dem Nachbarn und dessen Frau sich mit der Frau des Nachbarn trifft?“ und zu dem Ergebnis gelangen, das sei ja 1:1, sodass die eine Fete feiern können. Ich sage immer: Wenn in der Bevölkerung nicht die Einsicht vorhanden ist, dass wir die Kontaktbeschränkungen, so verantwortbar sie sind, einhalten, so gut es in Selbstverantwortung geht, dann werden wir an der Stelle nicht weiterkommen. Es bedarf auch der Einsicht unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Darunter sind sehr, sehr viele, die diese Einschränkungen aus Überzeugung mittragen, weil sie die Hoffnung haben, dass wir dadurch die Infektionszahlen ganz rapide senken können.

Es bleibt unser Ziel, den Inzidenzwert weiter zu senken, um, was man auch immer wieder sagen muss, die Gesundheit und damit Menschenleben zu retten, aber auch unser Gesundheitssystem stabil zu halten.

Lassen Sie mich auf einige Themen eingehen, die sowohl in der Öffentlichkeit, als auch bei den Oppositionsfraktionen eine Rolle spielen.

Ich komme zunächst zum Thema Homeoffice. Ich finde es richtig, wenn man aufgrund der immer noch zu hohen Infektionszahlen die Kontaktmöglichkeiten weiter einschränkt. Das tun wir im persönlichen, privaten Bereich und in Schulen und Kindergärten; wir haben darüber gerade gesprochen. Aus meiner Sicht darf dabei der Bereich der Arbeitswelt nicht außen vor bleiben. Ich kann die Aussage von Ihnen, Herr Bode, dazu nicht verstehen. - Herr Bode ist, glaube ich, momentan nicht im Saal. - Als gemeldet wurde, das Thema Homeoffice werde geregelt, kam von der FDP sofort die Meldung: „Homeoffice-Verordnung darf nicht zu einer weiteren Belastung und Überwachung von Unternehmen führen“. Ich kann das wirklich nicht verstehen.

Nein, ich bin dafür, dass es eine Abwägung gibt, weil es auch in dem Bereich um Infektionsschutz geht und weil der ÖPNV entlastet werden kann, wenn da, wo es möglich ist, Homeoffice ermöglicht und praktiziert wird.

Ich begrüße daher diese Einigung sehr. Danach müssen Arbeitgeber überall dort, wo es möglich ist, Homeoffice ermöglichen.

Ich komme zu dem Bereich Schule - ein hochsensibles Thema mit vielen Emotionen. Das haben wir sicher alle erlebt in Form von Anrufen, Mails und Schreiben, die wir von Eltern bekommen haben.

Ich bin sehr dankbar, dass wir unsere Linie vom Dezember fortführen und auch bei den Grundschulen bei Szenario B, dem Wechselbetrieb, bleiben. Ich finde das ausdrücklich richtig und will das auch kurz begründen. Im Übrigen entspricht das auch dem Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Frau Bundeskanzlerin. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass in Niedersachsen 75 Prozent aller Schülerinnen und Schüler im Distanzlernen sind. Ich will es hier deutlich ansprechen: Schulen und Kindergärten und damit unseren Kindern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern und den Lehrkräften verlangen wir in dieser Pandemie im Moment sehr viel ab. Deswegen gebührt auch denen unser ganz herzlicher Dank.

Besonders im Bereich der Bildung geht es um eine sehr schwere Abwägung zwischen Infektionsschutz und dem Recht auf Bildung. Ich kann mich noch sehr gut an die Debatten hier im Plenum erinnern, als wir im letzten Jahr im ersten Lockdown waren. Damals wurde uns von der Opposition vorgeworfen, wir würden die Schäden, die Schulschließungen bei den Schülerinnen und Schülern mit sich brächten, billigend in Kauf nehmen und würden unverantwortlich handeln.

Ich bitte aber darum, die Rhetorik in einer solchen Krisenzeit zu überdenken. Herr Försterling hat z. B. gesagt, die „Grundschul Kinder werden zum Opfer eines politischen Kompromisses“. Diese Aussage bitte ich wirklich zu überdenken.

Natürlich sind auch Schulen und Kindergärten nicht frei von Infektionen. Aber sie sind nun einmal auch nicht erwiesenermaßen Treiber der Pandemie. Denn seit den vorgezogenen Weihnachtsferien sind bis jetzt 94 Prozent der Schülerinnen und Schüler gar nicht in den Schulen. Ich finde auch die Begriffe, die die Opposition verwendet, grob fahrlässig. Sie sprechen immer von „pandemiefesten Schulen“, als gebe es eine Schule, die pandemiesicher sein könnte. Bei allen Schutzvorkehrungen, die wir treffen: Das streut den Menschen auch ein bisschen Sand in die Augen.

Sie machen das immer wieder an der Frage der Luftfilteranlagen fest. Dazu wird es auch nachher wieder kommen. Herr Meyer hat es schon angesprochen. Hören Sie sich auch mal die Bedenken an, die dagegen geäußert werden. Es gibt viele Schulträger, die sich bewusst dagegen entschieden haben, weil sie an einem Punkt nicht vorbeikommen: Sie müssen - so oder so - immer auch lüften. Dieses Erfordernis bleibt.

Es gibt nicht *die* Wissenschaft und es gibt auch nicht *die* Politik. Insofern muss man sich damit auch einmal ein bisschen auseinandersetzen.

Im Grundschulbereich im Wechselmodell zu bleiben und dennoch den besorgten Eltern gerecht zu werden, indem die Präsenzpflcht aufgehoben worden ist, finde ich einen gangbaren Kompromiss. Ich sage an der Stelle: Wir trauen es den

Eltern zu, diese Verantwortung zu tragen. Die Eltern haben die Verantwortung für ihre Kinder, und sie nehmen sie auch sehr gerne wahr. Ich würde ihnen diese Verantwortung an der Stelle nicht abstreiten wollen.

Ich möchte Ihnen von der FDP und von den Grünen aber auch ganz deutlich sagen, dass Sie in Bezug auf das, was Sie uns noch vor einigen Monaten vorgeworfen haben, jetzt auf einmal ganz anders argumentieren. Das macht deutlich, wie Sie an der Stelle in Sachen Pandemie ein Stück weit herumeiern. Ich will kurz vor Augen führen, wie sehr die Kinder unter dieser Situation leiden - besonders den Grünen war das immer wichtig - bezüglich der Alltagsstruktur, der sozialen Kontakte und alldem, was den Kindern im Moment fehlt. Lassen Sie sich doch mal schildern, was im Moment bei den Erstklässlern los ist und wie lange die bisher in der Schule waren.

Die fangen wieder bei null an.

Ich will auch daran erinnern, was berufstätige Eltern, die nicht im Homeoffice arbeiten können, im Moment mit Blick auf das Thema Betreuung organisieren müssen.

Ich will auch auf die Eltern hinweisen, die im Homeoffice arbeiten und zwei oder drei Kinder zu Hause haben - denen der Arbeitgeber Arbeit abverlangt, während sie auch noch Homeschooling machen müssen. Diese laufen zum Teil mit einem schlechten Gewissen durch die Gegend und kommen wirklich an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Deswegen finde ich den Kompromiss, den wir gefunden haben, sehr gut.

Ich will hier einige Reaktionen zitieren.

Eine Grundschulleitung äußerte sich, wie dieser Tage in der Presse zu lesen war, wie folgt:

„Jetzt seien die Grundschüler aber froh, nicht mehr ganz alleine von zuhause lernen zu müssen und endlich einen Teil ihrer Mitschüler wiederzusehen.“

Ein Vater sagte: Der Präsenzunterricht sei wirksamer als das Homeschooling, die Sozialkontakte wichtig. Zudem vertraue er den Infektionsmaßnahmen der Schule.“

Ich zitiere weiterhin den Geschäftsführer der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin, Professor Hans-Iko Huppertz, mit einem Satz vom 20. Januar:

„Ich finde es vor diesem Hintergrund ganz hervorragend, dass einzelne Länder dem Wunsch der Bundesregierung nicht entsprechen und die Grundschulen teilweise geöffnet gelassen haben.“

Der Grundschulverband Niedersachsen sagt:

„Gerade in der Grundschule ist es wichtig, Kindern so viel Präsenzunterricht wie möglich zu bieten.“

Meine Damen und Herren,

das bestätigt mich in darin, den Weg, den wir schon im Dezember festgelegt haben, kontinuierlich weiterzugehen. Hätten wir eine Umkehr vollzogen und auch die Grundschulen geschlossen, könnte ich schon jetzt zitieren, was uns die Opposition hier heute vorgehalten hätte.

Meine Damen und Herren, ich will zum Thema Impfen gar nicht mehr viel sagen. Dazu hat der Ministerpräsident, wie ich finde, sehr ausführlich vorgetragen. Ich möchte aber sagen, was mich in diesem Thema umtreibt.

Bei den Informationsschreiben an die Über-80-Jährigen gibt es jetzt eine Doppelstrategie. Alle bekommen ein Schreiben. Ja, es sind Fehler passiert. Dafür haben sich sowohl die Ministerin als auch der Ministerpräsident entschuldigt. Das sollten Sie vielleicht auch mal zur Kenntnis nehmen!

Die kommunalen Spitzenverbände haben sofort gesagt: Wir begleiten das mit besonderen regionalen Maßnahmen und schreiben die Betroffenen noch einmal an. - Vielleicht bekommt der eine oder andere also ein zweites Schreiben. Aber ich finde zwei Schreiben besser, als Teile dieser Altersgruppe gar nicht erreichen zu können; denn insbesondere diese Personen machen sich Sorgen, wann und wie sie geimpft werden können und wie der Ablauf ist. Deswegen kann man das, wie ich finde, hier auch einmal zugestehen.

Wir setzen Hoffnungen auf den Impfstoff. Einen Satz der Frau Ministerin habe ich sehr oft gehört, und er ist immer richtig: Der limitierende Faktor ist der Impfstoff. - Wir hoffen sehr, dass durch den neuen Impfstoff von AstraZeneca, der in der Zulassung ist, von der Substanz her völlig anders ist und vielleicht auch von den Hausärzten verimpft werden kann, eine enorme Dynamik in diesen Prozess bringt, sodass dann auch möglichst viele geimpft werden können.

Ich möchte betonen, dass die Anrufe, die uns alle erreichen - „Wann kann ich geimpft werden? Wo kann ich geimpft werden? Wie komme ich dahin?“ -, zeigen, dass es eine sehr hohe Bereitschaft in der Bevölkerung gibt, geimpft zu werden. Das ist vielleicht auch das Positive daran.

Zu den Wirtschaftshilfen, die auch Thema bei der Konferenz der Regierungsspitzen waren, nur so viel: Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat zugesagt, die Hilfen zu verschlanken. Es soll schneller gehen und Klarheit in der Antragsbearbeitung bestehen, weil es bisher zu lange dauere.

Ausdrücklich betonen möchte ich, dass bei dieser Konferenz gesagt wurde, dass insbesondere für Soloselbstständige und für Schaustellerinnen und Schausteller deutliche Verbesserungen vorgesehen sind.

Ich habe die große Hoffnung, dass den Worten dann auch wirklich Taten folgen. Ich hoffe auch, dass wir im Land Niedersachsen, wo wir anschließend die Verantwortung tragen - insbesondere der Herr Wirtschaftsminister -, dann auch sehr schnell für die Umsetzung dieser Hilfen in der Endbearbeitung sorgen.

Ich denke, wir alle kennen die Meldungen aus den Wahlkreisen von Unternehmern, die an der Grenze sind und Existenzangst um ihre Betriebe haben, und im Übrigen auch von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Deswegen müssen wir hier auch ganz besonders schnell und unbürokratisch helfen können.

Ich versuche, ruhig zu bleiben, will aber zum Schluss eines sagen: Ich kann die Kritik und Forderung der FDP nach einer nachhaltigen Gesamtstrategie, die immer wieder erhoben wird, ein Stück weit verstehen. Auch ich würde gerne wissen: Was machen wir eigentlich, wenn die Zahlen jetzt wieder sinken? Was öffnen wir zuerst?

Ich glaube aber, dass das - wie auch der Ministerpräsident ausgeführt hat - verdammt schwierig ist. Herr Dr. Birkner, das müssen auch Sie anerkennen! Denn auch Ihre Partei trägt in drei Bundesländern - in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein - Regierungsverantwortung. Auch in diesen Ländern gibt es keine Gesamtstrategie.

Jeder Mensch sehnt sich nach einer Antwort auf die Frage: Was ist eigentlich, wenn die Zahlen wieder sinken? Was können wir dann machen? - Ich glaube aber auch, dass es verdammt schwierig ist.

Damit komme ich wieder auf die Wissenschaft zu sprechen. Manche sagen, wir müssen mindestens auf einen Inzidenzwert von 50 kommen; das wäre für die Nachverfolgung besser. Andere sagen mit Verweis auf die Mutation: Nein, eigentlich müsstet ihr einen Wert von 35, 20, vielleicht sogar null erreichen, um dann, wenn die Mutation kommt, das Infektionsgeschehen einigermaßen im Griff zu haben.

Wenn der Maßstab auf Landesebene aber wäre, auf null oder zehn zu kommen, dann lägen einige Landkreise schon wochenlang bei null. Dann stellt sich die Frage: Lassen wir dann regional wieder mehr zu? Und wie schränken wir das eigentlich ein?

Nehmen wir an, der Wert im Landkreis Leer läge sechs Wochen lang bei null und Ulf Thiele und ich wollten zusammen Abendessen gehen.

Was ist aber, wenn ich dann beruflich in einen anderen Landkreis fahre, in dem die Inzidenzwerte höher sind? - Das macht die Abwägung so schwer. Deswegen glaube ich, dass es ein wenig leichtsinnig ist, immer wieder eine Strategie zu fordern, aber keine Antworten zu geben.

Ich gebe gern zu - auch wenn man das als Politikerin nicht zugeben darf -, worüber ich mich ärgere: das Schreiben, das Sie nicht nur dem Ministerpräsidenten, sondern auch den Regierungsfractionen geschickt haben. Daraus will ich zitieren: Die offenkundig nicht gegebene Bereitschaft der Landesregierung und auch der Regierungsfractionen, ihre Konzepte und Überlegungen gegenüber den gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern öffentlich darzustellen und zu debattieren, führt zu einer nachhaltigen Schwächung des Parlamentarismus und beschädigt damit die für eine demokratisch verfasste Gesellschaft zentrale Institution.

Ich finde, Sie sollten das wirklich einmal überdenken.

Dann kommt noch der Post von Gero Hocker dazu.

Sie sagen, dass die Demokratie beschädigt wird, dass wir die Demokratie hier ausblenden.

Herr Dr. Birkner, ich habe mir fest vorgenommen, ruhig zu bleiben. Aber ich sage Ihnen - durchaus freundschaftlich -: Bitte achten Sie auf Ihre Rhetorik. Sie können ja in der Sache streiten - wobei ich meine, dass Sie keinen Grund dazu haben.

Wir hatten so viele Sondersitzungen des Sozialausschusses mit Beratung der Verordnung und Sondersitzungen hier im Plenum, und wir haben einen Sonderausschuss zur Pandemie.

Wir hatten so viele Sondersitzungen des Sozialausschusses mit Beratung der Verordnung und Sondersitzungen hier im Plenum, und wir haben einen Sonderausschuss zur Pandemie.

Wir haben Ihnen angeboten, eine Vereinbarung mit uns zu treffen. Dazu haben Sie sich bis heute nicht positioniert. Also hören Sie doch auf, hier jedes Mal diese

Debatte zu führen! Es ist doch nicht so, dass wir nicht auf Sie zugegangen sind!
Wir haben Ihnen sehr viel zugestanden. Bis heute keine Antwort!

Und dann stellen Sie sich in der Öffentlichkeit hin und sagen: Hier wird die
Demokratie beschädigt. - Das ist unverschämt, was Sie machen!

Ich komme zum Schluss. Ich habe die große Hoffnung und bin auch wirklich
zuversichtlich - und es ist auch meine Antriebsfeder, mit aller Kraft daran zu
arbeiten -, dass wir in diesem Jahr diese Pandemie bekämpfen können. Dazu
brauchen wir noch ein bisschen Geduld und vor allen Dingen eine klare
Kommunikation. Wir dürfen den Menschen da draußen nicht Sand in die Augen
streuen, sondern wir müssen sagen: Das mit den Impfungen dauert noch ein
bisschen, aber wir haben die große Hoffnung, dass die Dynamik kommt, wenn
mehr Impfstoff zur Verfügung steht.

Ich will mit einem Satz schließen, der mir in meiner Heimatgemeinde Bunde in
Ostfriesland in diesen Wochen und Monaten immer wieder gesagt wurde. Das ist
ostfriesisch nüchtern, aber auch klar. Die Ostfriesen sagen in der Regel: „Nützt ja
nix!“ Aber ganz viele Ostfriesen sagen auch: „Wi stahn daarvör, und denn mutt'n
wi daardör.“

Ich bin sehr zuversichtlich: Das schaffen wir gemeinsam!

Vielen Dank.